

Offener Brief

Berliner Frauenprojekte #unkürzbar

an die Mitglieder des Berliner Senats, die Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses zuständiger Ausschüsse sowie die zuständige Verwaltung

Berlin, 10. Oktober 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Sorge wenden wir uns an Sie angesichts der geplanten Kürzungen im Entwurf des Landeshaushalt 2026 im Bereich der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenASGIVA), Abteilung Frauen und Gleichstellung. Laut Haushaltsentwurf sollen im Jahr 2026 insgesamt 2,574 Mio. Euro gekürzt werden.

Dies entspricht einer pauschalen Kürzung von durchschnittlich 2 % – für einzelne Projekte sogar deutlich mehr.

Konkrete Folgen der Kürzungen

Die geplanten Einschnitte treffen die Frauen*- und Gleichstellungsarbeit ins Mark. Sie bedeuten nicht „Einsparungen ohne Substanzverlust“, sondern haben weitreichende Konsequenzen:

- Abbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Betroffene von Gewalt, Migrantinnen, Geflüchtete, Alleinerziehende und Frauen in prekären Lebenslagen.
- Einschränkungen arbeitsmarktpolitischer Frauenprojekte: Angebote zur beruflichen Orientierung, Qualifizierung, Weiterbildung und Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt stehen massiv unter Druck. Diese Projekte sind zentrale Instrumente, um Frauen ökonomische Unabhängigkeit zu ermöglichen – und damit auch ein entscheidender Schutzfaktor vor (weiterer) Gewalt.
- Wegfall von Prävention und Empowerment: Gruppenangebote, Weiterbildungen, muttersprachliche Beratungen und niedrigschwellige Unterstützungsangebote können nicht mehr aufrechterhalten werden.
- Arbeitsrechtliche Verschlechterungen: Die tarifgerechte Bezahlung wird erschwert, Mitarbeitende müssen finanzielle Einbußen befürchten: Da Stufenanpassungen aus den gedeckelten Budgets (bewilligte Fördersumme 2025 minus 2%) finanziert werden müssen, stehen die Träger vor dem Dilemma, Stufenpassungen nicht vorzunehmen und damit nicht tarifgerecht zu bezahlen oder u.a. zugunsten der Stufenanpassung Stunden zu kürzen. In beiden Fällen verschlechtert sich das Arbeitseinkommen der Mitarbeitenden. In jedem Fall besteht die Gefahr von Stellenstreichungen, Arbeitsverdichtung, Personalabwanderung und einem Verlust dringend benötigter Expertise.
- Zunehmende Versorgungslücken: Längere Wartezeiten, eingeschränkte Erreichbarkeit und der Abbau von Schutzplätzen gefährden direkt die Sicherheit von Frauen* und queeren Menschen.

Politische Verantwortung und Verpflichtungen

Die geplanten Kürzungen stehen im klaren Widerspruch zu:

- den Verpflichtungen der Istanbul-Konvention und der kommenden EU-Richtlinie gegen Gewalt an Frauen, die eine Stärkung statt Schwächung der Strukturen erfordern;
- den eigenen Versprechen des Berliner Senats, feministische Projekte nicht zu kürzen und Gleichstellungspolitik zu stärken;
- dem Anspruch des Leitbilds Gleichstellung im Land Berlin, allen Berliner*innen gleiche Chancen auf Selbstbestimmung, Teilhabe und ein gewaltfreies Leben zu sichern.
- dem Anspruch "Gute Arbeit" in Berlin, einer Politik, die sich für gerechte Arbeitsbedingungen einsetzt, darunter tarifliche Entlohnung, eine menschwürdige Arbeitszeitgestaltung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Chancengleichheit für alle.

Unsere Forderungen

Wir fordern den Berliner Senat und das Abgeordnetenhaus auf,

- die geplanten Kürzungen im Bereich Frauen und Gleichstellung vollständig zurückzunehmen,
- die tarifgerechte Bezahlung und Personalentwicklung verbindlich zu sichern,
- die zugesagten Mittel für die Umsetzung der Istanbul-Konvention bereitzustellen,

- arbeitsmarktpolitische und feministische Frauenprojekte als unverzichtbaren Bestandteil von Gleichstellung und Gewaltschutz dauerhaft zu sichern,
- Frauen*- und Gleichstellungsarbeit insgesamt nicht als freiwillige Leistung, sondern als unverzichtbare Grundlage einer demokratischen und sozialen Stadt zu behandeln.

Schlussbemerkung

Berlin ist eine Stadt der Vielfalt, Solidarität und sozialen Gerechtigkeit. Dies darf nicht durch kurzfristige Sparlogik infrage gestellt werden.

Die Frauen*- und Gleichstellungsarbeit ist kein „nice to have“, sondern zentrale Daseinsvorsorge. Jeder gekürzte Euro bedeutet weniger Schutz, weniger Chancen und weniger Gleichstellung – in einer Zeit, in der die Nachfrage nach Unterstützung steigt und Gewalt gegen Frauen* und queere Menschen zunimmt.

Durch die Kürzungen in der Fraueninfrastruktur verursacht der Senat langfristig deutlich höhere gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgekosten.

Wir appellieren daher mit Nachdruck: Stoppen Sie die Kürzungen – sichern Sie die Berliner Frauen- und Gleichstellungsinfrastruktur einschließlich der arbeitsmarktpolitischen Frauenprojekte!*

Mit freundlichen Grüßen

Die Unterzeichnenden

Runder Tisch Berliner Frauenprojekte, Berliner Frauennetzwerk, Forum Berliner Migrantinnen-Projekte sowie weitere Projekte & Organisationen



BIG e.V.

Bei häuslicher Gewalt - Hilfe für Frauen und ihre Kinder



LARA

FACHSTELLE GEGEN SEXUALISIERTE GEWALT
AN FRAUEN, TRANS*, INTER* UND
NICHT-BINÄREN PERSONEN
MOBILE BERATUNG FÜR GEFLÜCHTETE FRAUEN,
TRANS*, INTER* UND NICHT-BINÄRE PERSONEN



